

Ich male mir die Lage nicht schön

Merz' Mann für das Kanzleramt:

Thorsten Frei (CDU) sagt, wie

Schwarz-Rot funktionieren soll

VON NIKOLAUS DOLL

Er steht vor einem großen Karrieresprung: Thorsten Frei (CDU), derzeit noch Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der Union, ist designierter Kanzleramtschef. Er gilt als enger Vertrauter von CDU-Chef Friedrich Merz, der am Dienstag im Bundestag zum Kanzler gewählt werden soll. Frei gibt einen Ausblick, wie Union und SPD trotz vieler Differenzen keine Zank-Koalition werden sollen.

WELT AM SONNTAG: Herr Frei, die SPD hat mit 84,6 Prozent dem Koalitionsvertrag zugestimmt, bei einer Beteiligung von 56 Prozent. Ist das eine gute Basis für eine gedeihliche Zusammenarbeit von Union und SPD?

THORSTEN FREI: Das Ergebnis zeigt, dass es einen Fundus an Gemeinsamkeiten gibt, der groß genug ist, um darauf eine stabile und erfolgreiche Koalition für vier Jahre zu gründen. Es ist vor allem ein positives Zeichen, dass sich mehr als die Hälfte der SPD-Mitglieder an diesem Votum beteiligt hat. Das macht klar: Die SPD-Spitze hat für die Zusammenarbeit mit uns Rückendeckung. Aber ich male mir die Lage nicht schöner, als sie ist. Mit Union und SPD gehen zwei Partner in eine Koalition, die bis vor Kurzem noch Wahlkampf gegeneinander geführt haben – und zwar mit harten Bandagen. Und die in vielem sehr unterschiedlicher Meinung sind. Das sollten wir nicht wegwischen. Es wird in dieser Koalition noch so manche Debatte geben.

WAMS: Friedrich Merz will eine Regierung führen, die „aufhört zu streiten“. Der

Kanzleramtschef ist der entscheidende Organisator des Regierungsapparats, das Schmiermittel in der Koalition. Wie wollen Sie verhindern, dass die neue, kleine GroKo zur Zank-Koalition wie die Ampel wird?

FREI: Indem wir viel, sehr viel intern miteinander reden. Indem wir versuchen, Sachverhalte, die sich zu Problemen entwickeln können, im Vorfeld auszuräumen. Ist ein Problem erst als solches in der Öffentlichkeit, ist es schwer, einen Kompromiss zu finden, weil dann beide Seiten leicht fürchten, das Gesicht zu verlieren. Ich mache mir übrigens keine Illusionen: Alle Koalitionen sind mit besten Vorsätzen gestartet. Ich glaube allerdings, dass wir in der jetzigen Konstellation einen strukturellen Vorteil gegenüber der Ampel besitzen, weil es diesmal nicht drei sehr unterschiedliche Parteien sind, die miteinander zu-rechtkommen müssen.

WAMS: Der Koalitionsausschuss soll das zentrale Konfliktschlichtungsgremium von Schwarz-Rot werden. Warum sollte diese Runde besser funktionieren als zu Zeiten der Ampel oder der Ära Angela Merks (CDU)?

FREI: Wir haben mit der SPD vereinbart, dass der Koalitionsausschuss regelmäßig zusammenkommt und nicht erst dann, wenn es brennt. Die Ampel-Parteien haben sich in diesem Gremium oft erst nach Mona-

ten getroffen, wenn es ein regelrechtes Knäuel ineinander verwobener Gesetzgebungsverfahren in unterschiedlichen Reifestufen gab. Das konnte dann entweder gar nicht mehr entwirrt werden oder nur noch durch sachfremde Entscheidungen. Daraus müssen wir lernen.

WAMS: Das hört sich so leicht an. Wie wollen Sie im Vorfeld diese Knäuel entwirren?

FREI: Wir sollten uns bewusst sein, dass Regierung und Parlament zwei unterschiedlichen Entscheidungssphären angehören. In der Vergangenheit ist es immer wieder dazu gekommen, dass man einen Kabinettsbeschluss gefasst hat und dann ein Koalitionspartner ein Veto mit der Begründung einlegte, die Fraktionen müssten den Sachverhalt noch aushandeln. Dann entsteht das genannte Knäuel. Das bedarf einer frühzeitigen Steuerung.

WAMS: Bis zur Sommerpause will die Union entscheidende Punkte ihres Sofortprogramms umsetzen. Welche stehen ganz oben auf der Agenda?

FREI: Union und SPD haben sich auf mehrere Punkte verständigt, die nichts kosten, einfach umgesetzt werden können und zu Entlastungen beitragen ...

WAMS: Die Frage zielt auf die wichtigsten Vorhaben, nicht die günstigsten.

FREI: Beides hängt zusammen. Was schnell realisierbar sein soll, muss auch finanzierbar sein. Wir haben für 2025 noch nicht mal einen Haushalt. Wir brauchen Maßnahmen, die schnell wirken. Dazu gehört die Abschaffung des Lieferkettengesetzes oder die Tageshöchst Arbeitszeit durch eine Wochenarbeitszeit zu ersetzen. Das bringen wir umgehend auf den Weg, das entlastet Unternehmen und verschafft Arbeitnehmern wie der Wirtschaft mehr Flexibilität. Nicht kostenneutral, aber hochwirksam dürften die Abschreibungen für Ausrüstungsinvestitionen, der sogenannte Investitionsbooster, werden, mit dem wir noch in diesem Jahr starten und den wir zwei Jahre fortführen wollen. Was wir ebenfalls sehr schnell machen werden, ist die Reduzierung der Stromsteuer auf das europarechtlich mögliche Minimum und der Netzentgelte. Die Wirtschaft anzukurbeln und die illegale Migration zu stoppen, hat absolute Priorität für diese Regierung.

Welt am Sonntag / 04.05.2025

WAMS: Friedrich Merz hat angekündigt, dass am ersten Tag seiner Amtszeit die deutschen Staatsgrenzen zu allen unseren Nachbarn dauerhaft kontrolliert und ausnahmslos alle Versuche illegaler Einreisen verhindert werden. Wird das tatsächlich an Tag eins passieren – also ab Dienstag?

FREI: Der Bundesinnenminister wird alle Maßnahmen ergreifen, um von diesem Tag an die im Koalitionsvertrag vereinbarten Schritte einzuleiten.

WAMS: Hat die Bundespolizei dazu die nötigen Kräfte?

FREI: Die Bundespolizei ist zu Zeiten der unionsgeführten Bundesregierung sehr deutlich aufgewachsen und gestärkt worden. Gleichwohl sind die Maßnahmen, die nun erforderlich sind, für die Bundespolizei eine gewaltige Herausforderung. Ich bin jedoch von der Leistungsfähigkeit der Beamtinnen und Beamten zutiefst überzeugt. Zudem wollen wir die zur Eindämmung der illegalen Migration erforderlichen Grenzkontrollen nicht über lange Zeiträume durchführen. Es geht um intensive Kontrollen in einer kurzen Zeitspanne, denn wir wollen dauerhaft weder die Freizügigkeit in der EU einschränken noch das Schengen-Abkommen außer Kraft setzen.

WAMS: Was heißt „kurze Zeitspanne“?

FREI: Das kann man nicht in Wochen oder Monaten angeben. Stationäre Grenzkontrollen dürfen nur eine temporäre Maßnahme sein, um die Kontrolle über unsere Grenzen zurückzuerlangen. Als Transitland und Wirtschaftsnahe würde gerade Deutschland unter dauerhaften Grenzkontrollen leiden.

WAMS: Die geplanten Zurückweisungen funktionieren nur dann reibungslos, wenn die Nachbarländer mitmachen. Sind die Gespräche dazu mit Frankreich, Österreich, Polen und Tschechien schon abgeschlossen?

FREI: Die Gespräche laufen auf unterschiedlichen politischen Ebenen. Friedrich Merz hat mit dem französischen Präsidenten, mit dem österreichischen Bundeskanzler und mit dem Ministerpräsidenten von Polen gesprochen. Das Ergebnis war ein hohes Maß an Übereinstimmung. Wir dürfen nicht übersehen, dass Frankreich ge-

nau diese Zurückweisungen an den Grenzen zu Italien und Spanien umsetzt. Österreich hat sich zuletzt bei einer Aussetzung des Familiennachzugs ausdrücklich auf Artikel 72 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union berufen. Wenn man die Situation in Polen und die Zurückweisungen an der Grenze zu Belarus betrachtet, sieht man, dass Donald Tusk und seine Regierung sehr entschlossen vorgehen und dass das von der Europäischen Kommission akzeptiert wird.

WAMS: Wann startet der erste Flieger mit abgelehnten Asylbewerbern aus Syrien und Afghanistan?

FREI: Diese Frage wird der Bundesinnenminister beantworten, aber grundsätzlich sind wir sehr klar: Wir werden die Zielrichtung der Flugzeuge ändern, wir werden Afghanen und Syrer, die keinen Anspruch auf Schutz haben, in ihre Heimat zurückbringen. Gehen Sie davon aus, dass wir sehr schnell damit beginnen. Einen Anfang machen wir mit Gefährdern, Straftätern und allen, die gezeigt haben, dass sie unser Gastrecht nicht verdient haben.

WAMS: Derzeit harren noch etwa 2500 Afghanen im pakistanischen Islamabad mit dem Ziel Deutschland aus. Sie haben Einreisezusagen. Die geschäftsführende Bundesregierung hat nun alle Flüge zur Aufnahme abgesagt. Was passiert jetzt mit diesen Menschen?

FREI: Deutschland ist ein Rechtsstaat, selbstverständlich halten wir uns an alle rechtsstaatlichen Voraussetzungen. Im Fall der genannten Zusagen handelt es sich teilweise um sogenannte begünstigende Verwaltungsakte. Diese können nach dem Verwaltungsverfahrenswiderrufen werden. Deshalb gibt es für die rund 2500 Menschen keine pauschale Antwort. Aber wir haben das klare Ziel, alle frei-

willigen Aufnahmeprogramme zu beenden. Sie gehen weit über das Ortskräfteprogramm in Afghanistan hinaus, sie sehen die Aufnahme von Menschen vor, die von NGOs ausgesucht wurden nach Kriterien, die wir nicht kennen und die überhaupt nichts mit Deutschland zu tun haben.

Wir haben diese Programme von Anfang an abgelehnt, und wir tun das weiterhin. Deshalb wird die neue Bundesregierung im Fall der 2500 Afghanen in Pakistan sehr genau prüfen, wo es bei den Verpflichtungen, die die bisherige Bundesregierung eingegangen ist, Spielräume gibt, anders zu entscheiden. Und wo immer das möglich ist, werden wir das tun.